

Krankenhäuser sollen kriegstauglich werden – Beschäftigte protestieren

28.12.2025, 13:00 Uhr

An dieser Stelle wird online ein interaktiver oder fremder Inhalt eingeblendet. Geben Sie die URL im Browser ein oder scannen Sie den QR-Code auf der ersten Seite.

Die Bundesregierung plant die Militarisierung der Krankenhäuser. Beschäftigte im Gesundheitswesen werden nicht gefragt und ignoriert. Ein Gastbeitrag von Julia-Christina Stange.

Seit fast vier Jahren stehen die Zeichen auf Kriegsvorbereitung. Davon bleibt auch das zivile Gesundheitswesen nicht verschont. Schließlich unterliegt es nach Ansicht der Bundesregierung dem Konzept der „Gesamtverteidigung“ und soll zukünftig am Bedarf der Bundeswehr ausgerichtet werden. Und dieser Bedarf ist groß: Entsprechende Planungen, die im Grünbuch „Zivilmilitärische Zusammenarbeit 4.0“ offen zugänglich formuliert sind, gehen im Nato-Bündnisfall von täglich bis zu 1000 Verletzten aus. Diese Größenordnung würde die Kapazität von Bundeswehrkrankenhäusern binnen zwei Tagen übersteigen. Die entstehende Versorgungslücke soll das zivile Gesundheitswesen füllen.



Ein Schild weist den Weg zu einer Klinik. © Soeren Stache/dpa

Seit einiger Zeit finden hinter verschlossenen Türen von Kasernen und Krankenhäusern, Symposien und Podien statt, auf denen Vertreter der Bundeswehr mit Verbandsvertretern der zivilen Gesundheitsversorgung darüber beraten, wie unsere Gesundheitseinrichtungen kriegstauglich – verklausuliert oft „resilient“ genannt –, gemacht werden sollen. Was darunter verstanden wird, ist beispielhaft durch die Enthüllung des „Rahmenplans für die Zivile Verteidigung im Bereich der Berliner Krankenhäuser“ öffentlich geworden: etwa die bevorzugte Behandlung militärischen Personals vor zivilen Patienten:innen, oder der Umgang mit „Störfaktoren“ wie akut erkrankten Zivilpersonen in Notfallambulanzen, um Kapazitäten für Militärangehörige zu sichern. Gefordert wird darüber hinaus, Beschäftigte im Gesundheitswesen anzuweisen, an militärischen Fort- und Weiterbildungen teilzunehmen, um „neben der Organisation und Erstversorgung in Krise und Krieg“ auch die Versorgung „typischer Verletzungsmuster“ zu erlernen.

Kriegstüchtigkeit in Krankenhäusern – Es stehen Milliarden im Raum

Eine Studie der Deutschen Krankenhausgesellschaft stellte kürzlich Milliardenbeiträge in den Raum, die nötig seien, um Krankenhäuser kriegstüchtig zu machen, zum Beispiel für den Aufbau unterirdischer Strukturen. Deutlich ist benannt, dass Krankenhäuser vor allem nach militärischen Kriterien – Nähe zu Häfen, Flughäfen und anderen militärischen Knotenpunkten – priorisiert werden sollten. Das alles soll die Illusion aufrechterhalten, dass – gute Vorbereitung vorausgesetzt –, auch im Krieg die medizinische Versorgung gewährleistet werden kann.

Die Beschäftigten des Gesundheitswesens selbst sind dabei nur die Figuren auf dem Spielbrett: Sie werden ungefragt als menschliche Ressource in die Planungen einbezogen und ihr Protest wird bislang weitgehend ignoriert. Es drängt sich der Verdacht auf, dass eine öffentliche Debatte über diese beunruhigende Entwicklung verhindert werden soll. Auch deshalb ist essenziell, dass die Kritik der Beschäftigten an der Militarisierung ihres Berufes von den Gewerkschaften aufgegriffen und verstärkt

wird. Denn die ideologische Komponente ist ein entscheidender Faktor: In einer Veröffentlichung der Bundeswehr zum Thema „Gesundheitsversorgung in der Landesverteidigung“ ist als ein Ziel formuliert, dass „ein ‚Mindset Gesamtverteidigung‘ (...) zu entwickeln und auszubauen“ sei.

Militär soll normalisiert werden – Das geschieht auf allen Ebenen

Der Versuch, das Militärische wieder zu normalisieren, findet sich aktuell auf allen Ebenen: vom Pizzakarton bis zur Tram in Tarnfleck, aber auch in der Debatte um die Wehrpflicht und damit verbundene Forderungen nach der Wiedereinführung des sozialen Ersatzdienstes. Die Pflegekammer Rheinland-Pfalz etwa befürwortet diesen Dienst, um den Pflegemangel abzufedern, indem Pflegekräfte von einfachen Tätigkeiten entlastet werden. Sie rechnet vor, dass wenn sich nur ein Fünftel der jährlichen Schulabgänger für einen sozialen Dienst in der Pflege entscheiden würden, jährlich 150 000 Hilfskräfte zur Verfügung stünden, was „bei einer Einsatzdauer von nur sechs Monaten (...) rund 75 000 Vollzeitäquivalenten“ entspreche.

An dieser Stelle wird online ein interaktiver oder fremder Inhalt eingeblendet. Geben Sie die URL im Browser ein oder scannen Sie den QR-Code auf der ersten Seite.



Julia-Christina Stange ist Fachkinderkrankenschwester, langjährige Personalrätin im Universitätsklinikum Mainz und seit 2025 Mitglied des Bundestages für die Linke. Dort ist sie Sprecherin für Ambulante Versorgung, Frauengesundheit und Ausbildung im Gesundheitswesen.

© Privat

Es sei hier nochmal in Erinnerung gerufen, dass gerade in der Pflege auch deshalb Personalmangel herrscht, weil über Jahrzehnte auf dem Rücken der Beschäftigten gespart wurde. Statt jetzt Milliarden in die Kriegstüchtigkeit unseres Gesundheitswesens zu stecken, muss es endlich bedarfsgerecht und beschäftigtenfreundlich ausgestaltet werden. Wer Sicherheit erreichen will, muss in bestehende Strukturen investieren: in funktionierende Gesundheitsinfrastruktur und medizinisches Personal. Darüber hinaus gilt es, die Bemühungen, um Frieden zu intensivieren, anstatt den Krieg vorzubereiten.